

19. I. 1919

154

Für den Abbau der Preise.

Die Korr. Wilhelm meldet: Die von der Preisprüfungsstelle B in Wien abgehaltenen Besprechungen wegen eines Abbaues der Preise von industriellen Bedarfsgegenständen, insbesondere von Kleidern, Wäsche, Stoffen, Wirkwaren, und Güten haben folgendes ergeben:

1. Seitens der Wiener Kaufmannschaft wird schon wegen der verminderten Kauflust des Publikums die Notwendigkeit einer baldigen Herabsetzung der Verkaufspreise anerkannt. Allseits wird darauf hingewiesen, daß eine solche erwartet werden könnte, wenn die Vorräte des Volksbekleidungsamtes, der Flüchtlingsfürsorgestellten und der verschiedenen Zentralen (Baumwoll-, Woll-, Lederzentrale) an die legitime Kaufmannschaft überwiesen würden und die Einfuhr der bereits bezahlten, im Auslande lagernden Waren freigegeben wird;

2. Im Sinne billigerer Preiserstellung werden insbesondere die Vertretungen der Wäscheerzeuger, der Wirkwarenhändler, der Kurzwarenhändler und der Bekleidungs-gewerbe nach einem auf Antrag des Genossenschaftsvorstehers Heinrich Kunz gefassten Beschlusse ihre Mitglieder darauf hinweisen, von Kettenhändlern und Schleihändlern, aber auch von Fabrikanten und Grossisten, welche die Konjunktur in ungehöriger Weise ausnützen, nichts mehr zu kaufen.

3. Die vorgenannten Genossenschaften erklärten sich bereit, im Rahmen ihrer Zwangsgenossenschaft eine besondere Kommission zu bilden, deren Aufgabe darin bestehen soll, auf ihre Mitglieder im Sinne der obigen Punkte einzuwirken; weiter darüber zu wachen, daß die Auslagegegenstände dem Gesetz entsprechend mit Preisen versehen werden und das Ansehen übermäßiger Preise vermieden werde.

4. Diese Kommission, bzw. ihre Mitglieder, würden die Preisprüfungsstelle in der Ueberwachung des Verkehrs mit Bedarfsgegenständen unterstützen.